

ANDRÉ BRIE

Die Zukunft des Politischen

Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien steht exemplarisch für eine Strategie der Zerstörung der Politik und ihrer zivilen Möglichkeiten, die dann – als sich selbsterfüllende Prophezeiung – selbst das Versagen der Politik und das angebliche Fehlen aller Alternativen (zum Krieg) konstatiert. Es handelt sich in diesem Fall wie bei vielen anderen Momenten, die die offensichtliche Krise des Politischen in der Gegenwart ausmachen, nicht um einen naturwüchsigen Prozeß, sondern um organisierte, undemokratische Alternativlosigkeit. Diese durch demokratisch und politisch organisierte Alternativen zu überwinden, ist – um es vorwegzunehmen – mein Credo. Der Weg dazu kann nach meiner Überzeugung nur eine *entschiedene Demokratisierung aller gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse* sein. Das ist nicht nur wünschenswert, sondern stellt ein entscheidendes Erfordernis für die Repolitisierung der Gesellschaft und sogar für die Verteidigung von Gesellschaftlichkeit gegen ihre Zerstörung durch Marktradikalismus und soziale wie kulturelle Ausdifferenzierung sowie Privatisierung dar.

Die »Demokratisierung der Demokratie« zu wagen – um ein Wort Willy Brandts abzuwandeln – wäre die grundlegende Aufgabe, wenn es um die Wiedergewinnung politischer Gestaltungskraft in der Gesellschaft und deren Zusammenhalt überhaupt geht. Die deutsche Linke (dabei sehe ich von jenen Kräften ab, die den Kampf um Demokratie in einer kapitalistischen Gesellschaft ohnehin für illusionär halten) ist allerdings fast völlig davon abgekommen, Vorschläge für einen Umbau der politischen Institutionen vorzulegen. Das politische System schien ihr fast unantastbar. Die Hoffnungen beschränkten sich auf einen neuen Regierungsblock.

Den haben wir nun in Gestalt der rot-grünen Koalition. Doch ist ein wirklicher Politikwechsel nicht zu erkennen, weder in Richtung sozialer Gerechtigkeit noch zum ökologischen Umbau, geschweige denn auch nur der Ansatz zu mehr Demokratie (man denke nur an das Zurückschrecken vor CDU/CSU in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft). Der Rücktritt Lafontaines ist im Gegenteil Ausdruck für das Scheitern auch noch der vorsichtigsten Versuche, die immer größere, immer weniger kontrollierte Macht der Banken und internationalen Konzerne zu begrenzen. Statt dessen ist mit dem Konzept der »Neuen Mitte« bzw. Blairs und Schröders »Drittem Weg« die Selbstaufgabe der Sozialdemokratie und ihr Übergang auf eine blaß sozial gefärbte Variante des Neoliberalismus vollzogen worden!

André Brie – Jg. 1950, Dr. phil., von 1976 bis 1990 Politikwissenschaftler am Institut für Internationale Beziehungen Potsdam, Forschungsschwerpunkt: internationale Sicherheits- und Abrüstungspolitik, von 1990 bis 1999 Wahlkampfleiter der PDS und seit Juli 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. Dieser Beitrag geht zurück auf einen Vortrag beim Evangelischen Studienwerk e.V. am 22. Mai 1999 in Villigst bei Schwerte.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments stellte in einem Anfang 1999 einstimmig (!) angenommenen Bericht bemerkenswerterweise, wenngleich ohne ausreichende Konsequenzen, fest, »daß im Rahmen des Prozesses der wirtschaftlichen Globalisierung de facto Befugnisse legitimer Regierungen auf die transnationale Wirtschaftsmacht übertragen werden, die sich in ihrem Streben nach Wettbewerbsfähigkeit jeglicher demokratischer Kontrolle und häufig auch den Verpflichtungen entzieht, denen die nationalen Wirtschaftssubjekte unterliegen, was zur Folge hat, daß das soziale Gefüge in den Ländern, in denen diese Macht ihren Sitz hat, ausgehöhlt wird ...«
Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente, Bericht über die Herausforderungen einer Weltordnungspolitik (global governance) und die Reform der UNO, Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, 23. Februar 1999 (DOC_DE\RR\372\372808), S. 6.

Diese formale Erhaltung der institutionellen Struktur ist dem Übergang von der römischen Republik zum frühen Kaiserreich, dem Prinzipat, durchaus vergleichbar. Fast nichts wurde formell geändert, und doch änderte sich real fast alles.

Das Ausmaß der Defensive, aus der heraus Linke und andere Kritiker einer weiteren Kommerzialisierung der ganzen Gesellschaft gegenwärtig handeln, wurde so noch größer. Ohne Veränderung des politischen Systems werden die erforderlichen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Reformen blockiert bleiben. Mehr noch: Der gesellschaftliche Reformstau hat ein gefährliches Ausmaß erreicht und untergräbt auch die bestehenden demokratischen Institutionen. Deren Verteidigung ist notwendig, aber bei weitem nicht ausreichend. *Vor den politischen Veränderungen steht aber der Kampf um die Veränderung der geistigen und kulturellen Situation.*

Die Grenzen der demokratischen Verfaßtheit der westlichen Gesellschaften und ihre bedrohliche Unzulänglichkeit hinsichtlich einer zukunftsfähigen gesellschaftlichen Entwicklung treten just zum Zeitpunkt des größten Triumphes der Demokratie (über ihre staatssozialistische Herausforderung) hervor. Die historische Stunde, die den »Sieg« des Prinzips allgemeiner Wahlen in einer dritten großen Welle der Demokratisierung (Huntington) in Osteuropa einleitete, geriet in den westlichen Wirtschaftszentren zu einem Moment, der das Ende der Demokratie als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip einzuleiten schien. Die Entfesselung des Marktes von (partieller) politischer und sozialer Regulierung, sollte – so die sich seit den siebziger Jahren (Thatcher-Regierung in Großbritannien) durchsetzende neoliberale Ideologie – politische Gestaltung überflüssig machen. Die »blinden« (eher: sehr einäugigen) Kräfte des Marktes wären denen demokratischer Politik überlegen. Real ist daraus zwar keine Entpolitisierung, aber eine Entdemokratisierung und durchaus eine ernste Krise der Politik geworden, sofern man Politik als gesellschaftliche Gestaltung versteht.

Diese Krise der Politik, die angesichts der Übermacht der Wirtschaft über die Gesellschaft von nicht wenigen Autoren als ein »Verschwinden der Politik«¹ empfunden wird, ist zugleich aber selbst Ergebnis der herrschenden Politik. Deren Fixierung auf die Sicherung von »Standorten« und die Handlungsmacht der Großunternehmen ist nicht das Ende der Politik, sondern eine folgenschwere Wende in der Politik und zugleich eine Abkehr von den wichtigsten demokratischen Prinzipien.

Die Erhaltung des formellen institutionellen Gehäuses der repräsentativen Demokratie wird von ihrem faktischen Bedeutungsverlust begleitet. Die generellen sozialen Defizite kapitalistisch-demokratischer Systeme, die die unerläßliche formale politische und rechtliche Gleichheit durch die enorme Ungleichverteilung von Eigentum und wirtschaftlicher Macht ohnehin relativieren, werden durch die neoliberale Doktrin prinzipiell verschärft. Erstens verstärkt die herrschende Deregulierungspolitik noch die Tatsache, daß »die wesentlichsten Entscheidungen dieser Welt ... außerhalb der Demokratie (fallen)«². Das gilt gleichermaßen für die nationalstaatliche als auch für die immer bedeutendere internationale, globale Ebene. Dort diktieren die USA wesentlich die (sicherheits)politische Entwicklung, die G7/G8-Gruppe, die von den Metropolenstaaten dominierte Weltbank und die ebenfalls von ihnen beherrschte Welthandelsorganisation die ökonomischen und

finanzpolitischen Entscheidungen. Demokratische Institutionen der Regulation existieren nicht oder spielen – wie die UNO oder das Europäische Parlament – eine untergeordnete Rolle. Zweitens zeigt sich die Demokratie gefährdet, sowohl hinsichtlich ihrer aktuellen Substanz (einschließlich ihres repräsentativen Charakters) als auch gegenüber den neuen Herausforderungen der sozialen und kulturellen Ausdifferenzierung, der Globalisierung, der Bewältigung der ökologischen Krise, der neuen Medien.

Es ist dem Labour-Linken Tony Benn schwerlich zu widersprechen, wenn er sagt, wir »... gehen ... mit weniger demokratischen Rechten ins nächste Jahrhundert als seit sehr langer Zeit. Die Demokratie wird aus dem System ausgequetscht – durch eine Weltregierung, die aus IWF und Welthandelsorganisation besteht, indem die NATO allmählich das Kommando übernimmt, durch das Wachstum repressiver Kräfte in den sogenannten demokratischen Gesellschaften und durch den Übergang der Macht von gewählten zu nichtgewählten Menschen, wie in der europäischen Zentralbank und der EU-Kommission. ... Jetzt werden der Sozialstaat und die demokratischen Institutionen systematisch demontiert.«³

Einen meines Erachtens sehr wichtigen aktuellen Aspekt behandelte der milliardenschwere amerikanische Finanzier, Devisenspekulant und Philanthrop George Soros in seiner Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus. »Der globale Kapitalismus hat dafür gesorgt, daß Profitmaximierung als Unternehmensziel extrem gepusht wurde und in Bereiche eingedrungen ist, in denen vormals völlig andere Überlegungen dominierten. Nichtmonetäre Werte müssen aber unbedingt wieder eine größere Rolle in unserem Leben spielen. Insbesondere sollten Kultur und freie Berufe von ihren eigenen Werten durchdrungen sein und nicht auf wirtschaftliche Zwecke reduziert werden. ... Es ist wohl keine Übertreibung, wenn man sagt, daß Geld das Leben der Menschen noch nie so dominiert hat wie heute.«⁴ So sehr ich mit Soros darin übereinstimme, daß in Bereichen, die er zum »Nichtmarktsektor« rechnet, die Vorherrschaft der Gesetze der Profitmaximierung gebrochen werden muß, so sehr bezweifle ich allerdings, daß dies in erster Linie durch Wiederbelebung früher gültiger und anerkannter Werte erreicht werden kann.

Ohne Institutionen, die der Macht des Marktes Grenzen setzen, werden sich Gesellschaftlichkeit und Freiheit der Individuen nicht miteinander verbinden lassen. Dazu sind neue Wege erforderlich, die den enormen Wandel in den Gesellschaften berücksichtigen. Sie werden sicher Wiedergewinnung des Staates für demokratische Politik, aber auch weniger Staat, mehr Gesellschaft – verstanden als Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis –, wesentlich mehr Bürgerinnen- und Bürgerrechte bedeuten. *Der Kern dieser neuen Wege ist eine moderne Demokratisierung der Gesellschaft.* Werner Weidenfeld, der das Problem ansonsten viel zurückhaltender diskutiert, meinte wohl zu Recht: »Die Demokratie wird diese existentiellen Herausforderungen der neuen Zeit annehmen müssen, will sie Zukunft haben. Darin kann eine große Chance für eine neue demokratische Vitalität liegen. Es könnte der Beginn einer neuen Gründerzeit zur Reform der Demokratie werden.«⁵ Der Streit um die

Ganz ähnlich wie Tony Benn urteilten der Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung (IFSH), Dieter S. Lutz, oder der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der resignierend bemerkte:

»Die Einwirkungsmöglichkeiten einer Regierung ... in einer modernen industriellen Massendemokratie sind unendlich viel kleiner, als es im Schullehrbuch verzeichnet ist.«

Dieter S. Lutz: Zum äußeren und inneren Frieden. Kann die heutige Demokratie den Gefahren der Zukunft standhalten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 29/97 vom 11. Juli 1997; Schmidt zitiert aus: ebenda, S. 8.

Zu den Bereichen, die nicht allein durch Marktkräfte reguliert werden dürfen, gehören – so Soros – »viele der wichtigsten Dinge des Lebens, von moralischen Werten über Familienbeziehungen bis zu ästhetischen und intellektuellen Errungenschaften. Dennoch versucht der Marktfundamentalismus in Form eines ideologischen Imperialismus unablässig in diese Regionen vorzustoßen; ihm zufolge müßte man alles gesellschaftliche Tun und allen Verkehr zwischen den Menschen als tauschorientierte, vertragsbegründete Beziehungen betrachten und mit Hilfe eines einzigen Maßes, des Geldes, bewerten. Jedes Tätigwerden sollte soweit wie möglich durch die unsichtbare Hand der profitmaximierenden Konkurrenz reguliert werden.« George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus, a.a.O., S. 26f.

Pierre Bourdieu griff in seiner Rede vor streikenden Eisenbahnern am 12. Dezember 1995 im »Gare de Lyon« in Paris das Demokratieverständnis der in Frankreich ebenso wie in Deutschland herrschenden neoliberalen »Technokraten« heftig an. »Diese Staatsaristokratie hat sich den Staat unter den Nagel gerissen und aus dem öffentlichen Wohl eine Privatsache gemacht. Was heute auf dem Spiel steht, ist die Wiedereroberung der Demokratie gegen die Technokratie.«

Pierre Bourdieu: *Der Tote packt den Lebenden*, Hamburg 1997, S. 169.

»Die Verfassung ist immer weniger das Gehege, in dem sich demokratisch legitimierte Politik frei entfalten kann, sondern immer stärker die Kette, die den Bewegungsspielraum der Politik lahmlegt.«
Wolfgang Schäuble: *Weniger Demokratie wagen?*, a.a.O.

Verteidigung sowie um die Reform und entschiedene Demokratisierung der Demokratie könnte die ureigenste Frage einer erneuerten Linken sein. Der Schlüssel zu gesellschaftlicher Zukunftsfähigkeit ist sie allemal. Doch dieser Prozeß beginnt nicht unter den vergleichsweise komfortablen Bedingungen eines gesellschaftlichen und demokratischen Aufbruchs, sondern in der bereits erwähnten tiefen Krise der Demokratie und Politik in der Gegenwart.

Die Krise der Demokratie und die Gefährdung politischer Gestaltungsfähigkeit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen sind kein naturwüchsiges Resultat der Globalisierung oder der sozialen Zersplitterung der Gesellschaft, sondern in erster Linie Ergebnis der herrschenden neoliberalen Orthodoxie. Deren Credo – Entstaatlichung – führt direkt in die gewollte Einschränkung der Rolle von Politik und politischen Institutionen gegenüber der Wirtschaft und zugleich dazu, daß die Gesellschaftsentwicklung immer weniger Ergebnis politischen Wollens und immer mehr spontanes Resultat wirtschaftlichen Handelns ist. Lothar Späth skandalisiert nicht diese Tatsache, sondern wirft den Politikern vor, sie zu ignorieren – »das geht nicht in die Bonner Köpfe: daß Unternehmer und Unternehmen heute mächtiger sind als die Politik«⁶. *Der Skandal jedoch besteht nicht in der angeblichen Begriffsstutzigkeit der Politiker, sondern darin, daß sie selbst aktiv dazu beitragen, Demokratie durch Wirtschaftsmacht zu ersetzen.*

Der Gedanke, die politischen Institutionen im allgemeinen und die demokratischen im besonderen kritisch nach ihrem Vermögen zu befragen, die Gestaltungsfähigkeit der Gesellschaft angesichts historisch einmaliger Herausforderungen zu gewährleisten, ist weit verbreitet, aber kaum konkretisiert worden. Demgegenüber wird in der konservativen wissenschaftlich-politischen Literatur und Debatte bereits allen Bestrebungen vorgebaut, die repräsentative Demokratie durch plebiszitäre und andere Formen direkter Demokratie zu ergänzen.⁷ Charakteristisch dafür ist die Diktion des von Günther Rüter (Konrad-Adenauer-Stiftung) herausgegebenen Bandes *Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative?*⁸.

Während auch in einem Teil der wissenschaftlich-politischen Literatur außerhalb der linken Opposition vorsichtige Schritte zur Stärkung direkt-demokratischer Formen innerhalb der uneingeschränkten Dominanz repräsentativer Formen diskutiert werden⁹, wird durch den neoliberalen mainstream die weitere soziale und politische Deregulierung vorangetrieben. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, versah seinen Grundsatzartikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Titel »Weniger Demokratie wagen?«¹⁰ zwar noch mit einem Fragezeichen, der Tenor des Beitrages war jedoch eindeutig: Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit sowie demokratische Partizipationsmöglichkeiten sollen als angeblich bürokratische Hindernisse für den Wirtschaftsstandort und den Wettbewerbsstaat abgebaut werden. Er wandte sich vehement gegen Vorschläge in der Verfassungsdiskussion nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands. »Ein Recht auf Arbeit und ein Recht auf Bildung wurden da gefordert, wichtige politische Ziele, aber mit einem Recht, das

einklagbar natürlich nicht sein kann, würde mehr versprochen, als der Staat halten kann.« Da sieht er die Kette, die den Bewegungsspielraum einer Politik der Deregulierung lahmlegen könnte.

Der sächsische CDU-Justizminister Steffen Heitmann sprach in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland* offen davon, »daß das Regelungsinstrumentarium dieser freiheitlichen Gesellschaft die Wirtschaft, ihre Grundlage das Eigentum ist«¹¹. Keine Rede war bei ihm vom Artikel 20 des Grundgesetzes, der als entscheidendes Regelungsinstrumentarium die vom Volk ausgehende Staatsgewalt definiert, ausgeübt in demokratischen »Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und Rechtsprechung«.

Dem Demokratisierungsdiskurs steht insgesamt eine gleichermaßen in der Bevölkerung wie unter Intellektuellen weitverbreitete Skepsis gegenüber, die sich nicht zuletzt aus der Unbeweglichkeit der gegenwärtigen Institutionen speist. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory B. Lovins und L. Hunter Lovins sehen – mit bezeichnender Begründung – den Ausweg aus den existentiellen gesellschaftlichen Krisen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert daher auch nicht auf politischem Gebiet, sondern in einer »Effizienzrevolution«. Die Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie *Zukunftsfähiges Deutschland*, folgt grundsätzlich diesem Herangehen, verweist aber in einem kurzen Abschnitt auch auf die Notwendigkeit politischer Reformen und »politisch-institutioneller Innovationen« im Rahmen der »Demokratie westlicher Prägung«. Insbesondere werden erweiterte Partizipation durch gestärkte Informations- und Einsichtsrechte, langzeitorientierte Institutionen (Sachverständigenräte, ein »Ökologischer Rat« mit Vetorechten gegenüber der Regierung), die internationale Harmonisierung von Umweltschutzmaßnahmen und subsidiäre Politikstrukturen¹² gefordert.

Die Demokratisierung der Demokratie stößt offenkundig auf äußerst schwierige Probleme:

Erstens: muß sie nach den in Osteuropa gemachten Erfahrungen einen wohlhabgewogenen Konservatismus aufnehmen: Die repräsentative Demokratie muß trotz ihrer Defizite und der Notwendigkeit wahrhaft historischer Veränderungen institutionell gehütet, ja durch die Überwindung ihrer gegenwärtigen Krise und durch politische Innovationen zurückgewonnen werden. Nicht zuletzt wäre ihr repräsentativer Charakter entschieden auszudehnen (»Ausländer«-Wahlrecht, Senkung des Wahlalters, Familienwahlrecht u. ä.).

Zweitens: Der aktuelle Globalisierungsdiskurs ist zwar ganz wesentlich von einer propagandistischen Begründung der Deregulierung, des Lohn- und Sozialdumpings sowie beschleunigter Privatisierung gekennzeichnet, doch kann es keinen Zweifel daran geben, daß die Globalisierung gesellschaftlicher Reproduktion, die Entfesselung der internationalen Finanzmärkte sowie die weltweiten Informationssysteme und der globale Kulturkommerz machtvolle Realitäten sind. Wenn die *Crossover-Erklärung* von 1996 vor »Hoffnungen auf eine neue »Weltgesellschaft« oder »Weltregierung« und auf die Entwicklung »transnationaler Regime« warnte, so muß das hinsichtlich illusionärer Vorstellungen sicherlich ernst

»Wir sehen durchaus, daß die Welt-Problematik eigentlich von allen Seiten zugleich angepackt werden muß. Dennoch ist es sinnvoll, ja geradezu notwendig, an einer Stelle in das Dickicht einzudringen, an der es ein Durchkommen auch ohne neue Ethik oder Bewußtseinswandel der Regierenden und ihrer Wähler gibt. Bei der Effizienzrevolution handelt es sich um eine solche strategisch wichtige Methode, einen Weg freizuschlagen, dem heute alle Menschen folgen können.«
Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory B. Lovins und L. Hunter Lovins: Faktor vier, München 1995, S. 239.

»Die Gesellschaft heute ist also Weltgesellschaft, aber diese zeichnet sich durch den Mangel an Gesellschaftlichkeit aus. Weltgesellschaft ist ökonomische Wirklichkeit und soziale Schimäre zugleich.«
Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 53.

Wolf-Dieter Narr und Roland Roth verwiesen auf die Notwendigkeit, die globalen Inkongruenzen zu überwinden, deren enorme humane Kosten und den kräftig beförderten Stau von Aggressionen abzubauen. »Darum bedarf es selbstverständlich überregionaler, ja globaler Einrichtungen ... Alle translokalen und transnationalen Einrichtungen sind indes nur dann im menschenrechtlich demokratischen Sinne effektiv, wenn es gelingt, pyramidal von unten nach oben zu demokratisieren; wenn die überregionalen Institutionen öffentlich kontrollierbare Prozeduren wählen; wenn es gelingt, den weltweiten Kapitalismus demokratisch – im wörtlichen Sinne – zu domestizieren. ... Sonst ist der Pyrrhussieg des Kapitalismus, soweit dies gegenwärtig beurteilt werden kann, nicht aufzuhalten. Dieser Kapitalismus besiegt ein Land, genauer eine Welt, die den Lebensraum der Menschen ausmacht.« Wolf-Dieter Narr, Roland Roth: Wider die verhängnisvolle Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative, in: PROKLA, Heft 103, 26(1996) 2, S. 310f.

»Diese Multidimensionalität sozialer Konflikte steht zwar in engem Zusammenhang mit den Klassenverhältnissen, produziert aber zugleich das, was man »neue Unübersichtlichkeit« nennt, und eben keine deutliche

genommen werden. Aber wirtschaftlich, technisch, kulturell, ökologisch und nicht zuletzt sozial haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, die wesentliche Züge einer *ökonomischen Weltgesellschaft* ohne adäquate politische Institutionen aufweist. Die berechtigte Warnung vor Illusionen darf daher nicht einhergehen mit einer Unterschätzung der bedrängenden Notwendigkeit internationaler politischer und demokratischer Regulierung.

Vergleichbar ist dieser Prozeß mit dem Überschreiten lokaler und der Herausbildung nationaler Märkte im sozial unregulierten »Manchesterkapitalismus«. Während der aber mit dem Staat einen Rahmen vorfand, in dem die Arbeiterbewegung und das liberale Bürgertum die partielle soziale Einhegung des Kapitalismus (Verbot der Kinderarbeit, Zehn- und Achtstundentag, Tarifverträge, gewerkschaftliche und betriebliche Rechte, Sozialversicherungssysteme, Sozialstaats-elemente) sowie politische Reformen durchsetzen konnten (politische und individuelle Rechte, allgemeines und gleiches Wahlrecht, Schritte zur Gleichberechtigung der Frauen, Rechtsstaatlichkeit, moderne Gewaltenteilung), so fehlen in solcher politischer Raum international ebenso wie (weitgehend) durchsetzungsfähige internationale Subjekte für solche Kämpfe und die dafür erforderlichen Institutionen. Angesichts herrschender Liberalisierungsstrategien droht daher sogar, daß der Manchesterkapitalismus über die globale »Standort«-Konkurrenz in die Nationalstaaten zurückkehrt. Doch es geht um mehr, als diesen Rückfall zu verhindern.

Wolfgang Thierse und Ernst Ulrich von Weizsäcker stellten in der SPD-Grundwertekommission ein Memorandum zur Debatte, in dem sie die Gefahr beschrieben, daß die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens im Begriff sei, »den erreichten Stand in der Machtbalance zwischen Ökologie und Politik wieder zurückzuschrauben«¹³. Abgesehen davon, daß diese Aussage eher untertrieben ist, kann ich ihrer folgenden Forderung nur zustimmen: »Die in der Globalisierung liegende Tendenz zu extrem ungerechter Güter- und Privilegienverteilung im eigenen Lande und weltweit kann nicht hingenommen werden.«¹⁴ Die Autoren bezogen sich – was heute in der SPD schon hohen Seltenheitswert hat – auf das Berliner Grundsatzprogramm von 1989, wonach die »freie Marktwirtschaft« immer neu die Fortentwicklung zur »sozialen Marktwirtschaft« und demokratische Kontrolle brauche, und stellten fest: »Nach wie vor bedarf es einer dem »freien Markt« widerstehenden, auf sozialen Zusammenhalt und Ausgleich zielenden Politik – nur der Maßstab für sie hat sich verändert, er ist eben global geworden.«¹⁵ Leider läßt sich in der Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wenig Aktivität in dieser Richtung ausmachen.

Drittens: Neoliberale Politik und daraus resultierende außerordentlich tiefgreifende Veränderungen der Sozialstrukturen und kulturellen Milieus haben eine qualitativ neue soziale Ausdifferenzierung der Gesellschaft zur Konsequenz. Auch die beiden großen Kirchen stellten in ihrem *Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland* fest: »Die traditionelle Sozialkultur ... hat sich an vielen Stellen aufgelöst.«¹⁶ Der österreichische Sozialdemokrat

Erwin Lanc sprach gar von »gesellschaftlicher Atomisierung«¹⁷. Soziale Lagen in der Bevölkerung, auch innerhalb gleicher Klassen, werden differenzierter, heterogener und noch stärker als in der Vergangenheit von politischen und kulturellen Einflüssen »überformt«. Die Konsequenzen dieser hier nicht erläuterten Prozesse sind sowohl für die Herausbildung und Sammlung der Subjekte gesellschaftlicher Wandlungen als auch für die Kommunikations- und Demokratiefähigkeit der Gesellschaft kompliziert.

Die »Ausdifferenzierungen und Abschottungen«¹⁸ machen die Dringlichkeit einer Demokratisierung der Demokratie, politischer Innovation und der Realisierung der Einheit politischer und individueller sowie sozialer und kollektiver Menschenrechte zusätzlich deutlich. Sie verlangen eine Weiterentwicklung und Ausgestaltung demokratischer Institutionen, auch unter dem Gesichtspunkt, Gesellschaftlichkeit und gesellschaftliche Kohäsion unter den neuen sozialen und kulturellen Bedingungen zu bewahren.

Ich halte diesen neuen Demokratisierungsprozeß für entscheidend, um die krisenhafte Reformblockade aufzubrechen und soziale und kulturelle Desintegration zu überwinden. Dabei geht es erstens um die Wiedergewinnung der bestehenden demokratischen Institutionen, zweitens um die Implementierung neuer sowie drittens um die demokratisch-emanzipatorische Durchdringung sozialer, kultureller, ökologischer und antipatriarchaler Wandlungsprozesse überhaupt. Diese Aufgabe ist geschichtlicher Natur.

Es ist eine groteske Vorstellung, Demokratie stelle ein ein für allemal abgeschlossenes Gebäude von Institutionen dar, deren Bewahrung allein schon Demokratie sichern würde. Das ist – darauf verweist Dahrendorf – falsch und gefährlich. Für das 18. Jahrhundert war im wesentlichen selbstverständlich, daß eine Demokratie, die auf dem allgemeinen Wahlrecht der Repräsentanten basiert, nur eine Demokratie der Besitzbürger sein könne, die Steuern zahlten, weil Politik in der Verfügung über Steuern bestehe. Die allgemeine Wehrpflicht und vor allem die Verallgemeinerung des Arbeitsmarktes als wichtigste soziale Integrationsform der Bürger sowie die emanzipatorischen Kämpfe der Arbeiterbewegung und des Sozialliberalismus haben diese Vorstellung von Demokratie völlig überholt. Das allgemeine Wahlrecht, die Rolle der Parteien, die Stellung moderner Interessenorganisationen, wichtige Schritte zur rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau usw. waren Resultate massiver sozialer und politischer Kämpfe, die die Durchsetzung von kapitalistischer Marktwirtschaft, industrieller Revolution und Nationalstaat begleiteten.

Es ist entweder heuchlerisch oder sehr naiv anzunehmen, daß die Auflösung der früheren nationalen Einheit von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen im Rahmen eines Nationalstaates durch die heutige Globalisierung und durch die Veränderungen, die sich mit den neuen technologischen Revolutionen vollziehen, demokratisch gestaltet werden könnte, ohne daß auch dieses Mal ein Umbau der demokratischen Institutionen erfolgt. *Das Ausbleiben dieses Umbaus ist der Weg in die Verwandlung der gegenwärtigen demokratischen Institutionen zu Scheinformen, die längst und undemokratisch getroffene Entscheidungen nur noch abzusegnen*

Klassenkonfrontation. Diese Situation macht erklärbar, warum es gegenwärtig allenfalls möglich ist, für begrenzte Ziele jeweils kleinere Teile der Bevölkerung zu aktivieren, massenhafte Mobilisierungen für umfassendere Protestaktionen oder gar gesellschaftliche Veränderungen kaum möglich erscheinen.«
Dietmar Wittich, in: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, a.a.O., S. 223.

»Es gibt Zeiten, in denen soziale Konflikte und ihre wissenschaftliche Erörterung einen fundamentalen oder konstitutionellen Charakter annehmen. Da geht es dann nicht nur um die Ausweitung des Wahlrechts oder die Verbesserung der Rentenversicherung, sondern um den Gesellschaftsvertrag selbst. Das war im achtzehnten Jahrhundert der Fall ...; es gilt am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wieder. In solchen Zeiten stehen die Spielregeln von Herrschaft und Gesellschaft selbst zur Diskussion.«
Ralf Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt, München 1994, S. 49.

»Die formalen Kriterien – Meinungsbildung in den Parlamenten, Entscheidung in den gewählten Gremien – werden erfüllt. Aber diese Betrachtung ist vordergründig. Denn immer mehr wird die wirkliche Entscheidung in Gesprächsrunden verlegt, die in der Verfassung nicht vorgesehen sind: Kontaktgespräche, Parteiengespräche, Koalitionsrunden, Klausurtagungen, Bundesländer-Koordinationsgremien, Expertenrunden und und und.«

Herbert A. Henzler, Lothar Späth: Sind die Deutschen noch zu retten?, München 1993, S. 167.

Es ist sicherlich richtig, aber es greift auch viel zu kurz, wenn die Grundwertekommission der SPD feststellt: »Die Chance, in der Gesellschaft Gehör und Unterstützungsbereitschaft dort zu finden, wo Opfer und Einschränkungen für das Gemeinwohl notwendig sind, läßt sich nur einlösen, wo Parteien das Risiko der Wahrheit nicht scheuen.« Grundwertekommission der SPD: Ermutigung zur Politik. Gesellschaft in der Krise, o.O. 1993, S. 47.

hätten. Eine Bestätigung dieser Einschätzung läßt sich übrigens auch im konservativen Lager finden.

Eines der offensichtlichsten Probleme ist die unter den Stichworten »Sachzwang«, »Globalisierung« oder auch »Finanzkrise« stattfindende Degradierung des Bundestages, der Länderparlamente und Kommunalvertretungen in die Exekutive der Deutschen Bundesbank bzw. die angemaßte Herrschaft der Europäischen Zentralbank über das Design der europäischen Integration.

Verbreitet werden demokratisch legitimierte Entscheidungsebenen zu Vollstreckern nichtdemokratisch erzeugter Entscheidungen, die in Gestalt von »Sachzwängen« daherkommen. Und umgekehrt gibt es für wichtige Entscheidungen keine demokratisch legitimierten Entscheidungsgremien oder sie werden systematisch entmachtet, da jede Demokratisierung auf der jeweiligen Ebene natürlich immer auch eine Machtfrage, eine Frage der (Neu)Verteilung von Macht ist.

Die neoliberale »Politik der Sachzwänge« blockiert demokratische Politik strukturell. Parteienverdrossenheit, die Krise gesellschaftlicher Großverbände und die Lähmung gesellschaftlicher Debatten und Bewegungen sind Folgen dieser Situation. Die Entfernung der heutigen Demokratie von den Betroffenen hat aber eine noch weit darüber hinaus gehende Qualität. Insbesondere die neuen sozialen Probleme verlangen eine radikale Veränderung der Grundlagen der Demokratie.

Zum einen stellt die ökologische Frage einen sozialen Antagonismus in der Zeit dar. Wir leben auf Kosten zukünftiger Generationen, die im gegenwärtigen demokratischen Prozeß nicht vertreten sind. Jeder demokratische Mechanismus fehlt, der die Interessen jener machtvoll zur Geltung bringen könnte, die von der Gefährdung ihrer Lebensgrundlagen durch die derzeitige Politik und Wirtschaftsweise betroffen sein werden.

Zum anderen bildet die strukturelle Unterentwicklung der Länder des Südens (richtiger: der in struktureller Unterentwicklung gehaltenen Länder) einen sozialen Antagonismus im globalen Raum. Obwohl die dort lebenden Menschen – die Mehrheit der Menschheit – direkt von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in den Metropolenstaaten betroffen und in nicht geringem Maße dominiert werden, sind sie über die (national-staatliche) Definition der Bürgerrechte aus diesen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.

Schließlich verliert der Arbeitsmarkt zunehmend seine Integrationskraft. Immer mehr Menschen fallen aus dem Arbeitsprozeß heraus und sind für die Mehrheitsgesellschaft offensichtlich bedeutungslos und ihr gegenüber machtlos. Der Umbau der Demokratie muß daher darauf gerichtet sein, Institutionen zu schaffen, die solche Interessen zur Geltung bringen, aushandelbar machen und Druck auf Entscheidungen ausüben, die gegenwärtig außerhalb der aktuellen Interessen der mächtigsten Nationalstaaten und ihrer Wirtschaftsorganisationen, Großbanken, Konzerne usw. liegen.

Eine so verstandene Demokratisierung der Demokratie würde in der Tat die von Werner Weidenfeld vorhergesehene »Gründerzeit« für eine Reform der politischen und insbesondere der demokratischen

Institutionen von weltgeschichtlichem Ausmaß verlangen. Sie müßte zweifelsohne mächtige Widerstände jener überwinden, die von der neoliberalen Entdemokratisierung profitieren. Denn von Demokratisierung ging immer ein egalitäres Moment aus und entschied darüber, welche demokratischen Institutionen durchlaufen werden müssen, und in welchem Maße sie der öffentlichen Aushandlung unterliegen. Ohne es hier ausführen zu können, sei darauf verwiesen, daß Demokratisierung direkt Macht- und Eigentumsfragen berührt und unerläßliche Bedingung sozialer und ökologischer Reformalternativen ist. Das um so mehr, als die schwierigen, äußerst weitreichenden, komplexen und zunächst möglicherweise oft auch unpopulären sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Veränderungen ohne die umfassende Einbeziehung der Betroffenen scheitern werden.

Zudem reicht eine aufklärerische Position nicht aus, die darauf hinweist, daß es gar nicht so sehr um Verzicht und Wohlstandsverringerung, sondern um eine andere, nachhaltige Wohlfahrt und um kulturellen und kommunikativen Reichtum menschlichen Lebens geht. Vielmehr sind Selbstbeteiligung und Selbstentscheidung durch die Bürgerinnen und Bürger die Hauptwege einer »neuen Aufklärung« und damit zur Veränderungsbereitschaft.

Grundprinzipien einer neuen Demokratisierung der Gesellschaft müssen

- a) die wesentlich erweiterte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der jeweils Betroffenen und ihrer Organisationen;
- b) die entschiedene Ausdehnung direkter Demokratie;
- c) die Institutionalisierung von neuen (mächtigen) Gegenmächtigen und
- d) die Wiedergewinnung bzw. Verteidigung der repräsentativen Demokratie und die Erweiterung ihrer Grundlagen sein.

Die Entwicklung der Demokratie von der Basis her ist selbst aber nicht nur eine dringend notwendige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie, sondern wohl auch die eigentliche Chance, deren Krise zu überwinden. Eine differenzierte Aufgabenverteilung zwischen den beiden demokratischen Grundformen wäre dabei selbstverständlich erforderlich, wenn nicht die eine zerstört werden oder die andere weitgehend wirkungslos bleiben soll.

Es gibt keinen Grund, die jeweiligen Probleme zu unterschätzen. *Direkte und repräsentative Demokratie verhalten sich nicht widerspruchsfrei zueinander und können durchaus eine Gefährdung füreinander sein, wenn das beiderseitige Verhältnis nicht wohl abgewogen ist.* Direkte Demokratie ist auch kein Allheilmittel gegen die gegenwärtige Krise der Politik, schon gar nicht eine Garantie für die Durchsetzung progressiver, z.B. ökologischer, Positionen. Sie muß einhergehen mit neuen Informationsrechten und -möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und einer sich verändernden politischen, zivilgesellschaftlich geprägten Kultur.

Es ist geradezu nicht zu begreifen, daß weder PDS noch Bündnisgrüne und SPD in den ostdeutschen Bundesländern in der Lage oder nicht willens sein sollen, weitgehende Mitsprachemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene durchzusetzen.

Einer der ersten erfolgreichen Bürgerentscheide nach dem Erfolg der Initiative »Mehr Demokratie für Bayern« am 1. Oktober 1995 ging beispielsweise von der Münchner CSU für den bis dahin von der »rot-grünen« Mehrheit verhinderten Stadtautobahnbau aus. Der Sieg der Initiative gegen die seit Jahrzehnten mit absoluter Mehrheit regierende CSU zeigt jedoch, welche Möglichkeiten auch heute bereits für Bemühungen um eine Weiterentwicklung des politischen Systems bestehen.

Ebenso müssen Schritte zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Demokratie, zur Entwicklung des Föderalismus, zur Regionalisierung innerhalb der EU, zur Demokratisierung der Europäischen Union etc. miteinander und mit der Notwendigkeit in Übereinstimmung gebracht werden, Gesellschaftlichkeit wiederherzustellen gegen gesellschaftliche Segmentierung. Schließlich müssen auch betriebliche Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie so entwickelt werden, daß dabei kein wirtschaftsfremder Dirigismus à la Staatssozialismus entstehen kann, vor allem aber ökonomische Macht mit demokratischer Kontrolle konfrontiert wird. Es ist tragisch, daß gegenwärtig die Diskussion über Wirtschaftsdemokratie noch schwächer ist als die über konkrete Demokratisierungsprozesse überhaupt.

Fritz Vilmar definiert den Begriff »Wirtschaftsdemokratie« als »... Inbegriff aller ökonomischen Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch die Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert sind.«

Fritz Vilmar: Wirtschaftsdemokratie, a.a.O., S. 4.

Zusammenfassung für die Internetpräsentation:

In seinem Essay plädiert André Brie nachdrücklich für drei unerläßliche Erfordernisse: 1. Die Notwendigkeit, basisdemokratische Elemente prinzipiell zu erweitern, 2. die Notwendigkeit, emanzipatorische, zivilgesellschaftliche Formen der Partizipation, den Citoyen, wesentlich zu stärken und 3. dafür, die repräsentative, parlamentarische Demokratie zu verteidigen, sorgsam zu hüten und sie zurückzugewinnen. »Der Streit um und der Streit für eine entschiedene Demokratisierung der Demokratie muß endlich beginnen und zentraler Bestandteil aktueller Reformvorstellungen und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen werden.«

Nach Ansicht von Fritz Vilmar haben wirtschaftsdemokratische Strukturen und Verfahren für die drei wesentlichen Inhumanitäten kapitalistischer Ökonomie – für die »Existenzunsicherheit, psychophysisches Arbeitsleid und Fremdbestimmung, und zwar auf der Makroebene der Volks- bzw. Europawirtschaft, auf der Mesoebene der Unternehmensleitungen und auf der Mikroebene des einzelnen Betriebes und des Arbeitsplatzes«¹⁹ – Lösungen zu finden. Schon 1960 hatte der damalige IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner die Ziele eines solchen Konzepts formuliert: Auf der Makroebene: eine vollbeschäftigte Kreislaufwirtschaft; auf der Mesoebene: demokratische Kontrolle und Partizipation in der Unternehmenspolitik; auf der Mikroebene: partizipative Gestaltung des Arbeitsprozesses.²⁰ Seine jüngste Konkretisierung hat der Begriff der Wirtschaftsdemokratie »durch die Zielbestimmung der Umweltverträglichkeit, als ökologische Wirtschaftsdemokratie«²¹ gefunden. Leider ist Vilmar Recht zu geben, wenn er feststellt, daß die politökonomische Entwicklung der achtziger und neunziger Jahre, »abgesehen von vereinzelt Fortschritten hinsichtlich partizipativer Formen des Managements und der Arbeitsorganisation (Gruppenarbeit) sowie bei der Arbeitszeitverkürzung, eher Rückschritte gebracht (hat), vor allem im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts (>Deregulierung<) und in Gestalt eines substantiellen Abbaus des gemeinwirtschaftlichen Sektors«²².

Es ist dringlich, daß die Linke dem Diskurs über die Wirtschaftsdemokratie und ihrer praktischen Durchsetzung neues Leben einhaucht. Was Bourdieu als »Wiedereroberung der Demokratie« bezeichnet, ist offensichtlich weit mehr als die Wiedergewinnung bereits einmal erreichter demokratischer Verfaßtheit der Gesellschaft. Vieles wird geistig oder in künftigen politischen Entscheidungsprozessen verworfen werden, bisher Ungedachtes in den Vordergrund treten.

Ich will lediglich noch einmal mit Nachdruck auf drei unerläßliche Erfordernisse verweisen: 1. Die *Notwendigkeit, basisdemokratische Elemente prinzipiell zu erweitern*, 2. die *Notwendigkeit, emanzipatorische, zivilgesellschaftliche Formen der Partizipation, den Citoyen, wesentlich zu stärken*, 3. die *repräsentative, parlamentarische Demokratie zu verteidigen*, sorgsam zu hüten und sie zurückzugewinnen. Der Streit um und der Streit für eine entschiedene Demokratisierung der Demokratie muß endlich beginnen und

zentraler Bestandteil aktueller Reformvorstellungen und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen werden. Neoliberale Deregulierung oder radikale Demokratisierung – das ist alles andere als eine Zuspitzung dieser Frage.

- 1 George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus, Berlin 1998, S. 26f.
- 2 Daniela Dahn: Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit, Berlin 1996, S. 194.
- 3 Neues Deutschland, 29.4.1999.
- 4 George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus, a.a.O., S. 155.
- 5 Werner Weidenfeld: Die neue demokratische Frage, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 11.
- 6 Lothar Späth, in: Stern, 23/98, S. 33.
- 7 Vgl. Wolfgang Luthardt: Probleme und Perspektiven direkter Demokratie in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 14/97, S. 13-22.
- 8 Günther Rüter (Hrsg.): Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative?, Baden-Baden 1996.
- 9 Vgl. aus jüngster Zeit: Günther Rüter (Hrsg.): Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie ..., a.a.O.; Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt, a.a.O.; Wolfgang Gessenharter: Warum neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 50/96, S. 3-13; Karlheinz Niclaß: Vier Wege zur unmittelbaren Bürgerbeteiligung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 14/97, S. 3-13.
- 10 Wolfgang Schäuble: Weniger Demokratie wagen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. September 1996.
- 11 Steffen Heitmann: »Gespaltene Identität aufgezwungen« (Interview), in: Neues Deutschland vom 5. März 1997.
- 12 Vgl. BUND und Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland, Basel 1996, S. 377-386.
- 13 Der »freie« Markt und die mühsam erkämpfte Demokratie, in: Frankfurter Rundschau vom 26. September 1997.
- 14 Ebenda.
- 15 Ebenda.
- 16 Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Gemeinsame Texte 9, Hannover/Bonn 1997, S. 5.
- 17 Erwin Lanc: Aus Nehmern der Vergangenheit müssen die Geber der Zukunft werden (Interview), in: Neues Deutschland vom 1./2. Februar 1997.
- 18 Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 222.
- 19 Fritz Vilmar: Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1999, S. 4.
- 20 Vgl. ebenda, S. 5.
- 21 Ebenda, S. 4.
- 22 Ebenda, S. 25.